

Die Anerkennung der Anderen als Grundlage der Demokratie?

Eine konzeptionelle Betrachtung am Beispiel der französischen Öffentlichkeit

ERIK BAUER, JOHANNA ZUM FELDE

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin

Abstract

In westlichen Demokratien, darunter auch Frankreich, werden zunehmend Fragmentierungen sichtbar. Die französische Regierung reagierte auf die sogenannte Gelbwestenbewegung mit einem groß angelegten Kommunikationsinstrument, der Grand Débat National, bei der die Bürger*innen aufgefordert wurden, sich über verschiedene Kanäle zu äußern. Darauf Bezug nehmend, geht dieser Beitrag der Frage nach, auf welche Weise die „Anerkennung der Anderen“ eine Grundlage der Demokratie darstellt und sozialen Zusammenhalt im öffentlichen Raum fördert. Dazu werden zunächst zwei scheinbar gegensätzliche konzeptionelle Ansätze von Jürgen Habermas und Chantal Mouffe verglichen, wobei sich Anerkennung als ein gemeinsamer qualitativer Aspekt darstellt. Nach einer Bezugnahme auf Nancy Fraser, werden diese Betrachtungen zur Relevanz von Anerkennung in der Öffentlichkeit schließlich auf den öffentlichen Raum in Frankreich während der französischen Grand Débat National angewendet. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung basieren auf Hintergrundinterviews mit aktuellen und ehemaligen Mitarbeiter*innen der Regierung und von Subunternehmen, die an der Grand Débat National mitarbeiteten, sowie mit sachkundigen Außenstehenden und Medien. Die Untersuchung schließt mit der Erkenntnis, dass Kommunikation ohne Anerkennung schief läuft. Die Grand Débat National sollte die fehlende Anerkennung der Opposition übertünchen. Politisch gesehen hat dies kurzfristig funktioniert, um die Situation zu beruhigen. Längerfristig bleibt diese Anerkennung jedoch ein leeres Versprechen, ohne eine tatsächliche Möglichkeit, auf die politische Entscheidungsfindung einzuwirken.

Keywords: *Anerkennung, Demokratie, Fragmentierung, Grand Débat, Habermas, Mouffe*

Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass sich Demokratien aufgrund eines strukturellen Wandels der politischen Öffentlichkeit in einer Krise befinden (Seeliger & Sevignani, 2021, 9). Während Habermas die Entwicklung des spätkapitalistischen Wohlfahrtsstaats und der kommerzialisierten Massenmedien wesentlich für den Strukturwandel der Öffentlichkeit sieht (Habermas, 1990), wurden aktuellere Veränderungen auch konkreter im Zusammenhang mit der Digitalisierung und dem Internet gesehen (z.B. Bennett & Pfetsch, 2018).

Mau et al. (2024) stellen fest, dass Konflikte zu Prozessen des sozialen Wandels notwendigerweise dazu gehören, „es für Politik und Gesellschaft aber darauf ankommt, mit ihnen so umzugehen, dass unterschiedliche Ansprüche Gehör finden und die Interessen breiter Bevölkerungskreise berücksichtigt werden“ (407-408). Sie sehen neben Verteilungskonflikten außerdem Zugehörigkeits- und Grenzkonflikte, Anerkennungskonflikte sowie ökologische und Zeitkonflikte.

In Frankreich trat ein zentraler Konflikt mit der Gelbwestenbewegung 2018/2019 zutage. Was mit einem Protest gegen die Erhöhung einer CO2 Steuer auf Kraftstoffe für Fahrzeuge begann, eruptierte in einer breiten Bewegung gegen soziale Ungleichheit auf den Straßen Frankreichs. Die französische Regierung antwortete mit einer groß angelegten nationalen Konsultation, der Grand Débat National und vertagte sämtliche politischen Entscheidungen bis auf deren Ende. Auch danach gab es immer wieder Proteste in Frankreich, zuletzt „Bloquons tout“, eine Bewegung, die im September 2025 begann und sich radikal gegen demokratische Defizite richtet.

Die Suche nach Lösungen für mehr sozialen Zusammenhalt zur Abwehr antidemokratischer Tendenzen liegt für uns auf der Hand. In diesem Beitrag wollen wir „Anerkennung“ im öffentlichen Diskurs in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen: Auf welche Weise kann die „Anerkennung der Anderen“ dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt im öffentlichen Raum zu fördern? Kann gegenseitige Anerkennung zu guten Diskursen und besserem gesellschaftlichen Klima beitragen?

Wir versuchen, diese Fragen zu beantworten, indem wir zunächst zwei scheinbar gegensätzliche theoretische Ansätze, nämlich jenen von Jürgen Habermas, der für rationalen deliberativen Diskurs steht, und den der belgischen Politologin Chantal Mouffe zusammenbringen. Sie befürwortet im Gegensatz zu Habermas einen offenen, über Emotionen und Affekte ablaufenden, wenn auch durch Regeln eingegrenzten, agonistischen Kampf um gesellschaftliche Hegemonie.

Über einzelne Teilaspekte des Themas „Anerkennung“ liegen bereits umfangreiche Forschungen vor.¹ Hier geht es jedoch darum, das Thema „Anerkennung“ mit den tieferen theoretischen und konzeptuellen Grundlagen der genannten beiden demokratiepolitischen Konzeptionen in Beziehung zu bringen und zu diskutieren. Wir argumentieren, dass die Anerkennung der Anderen für den demokratischen öffentlichen Diskurs wesentlich ist und, wenn auch nicht auf den ersten Blick sichtbar, einen gemeinsamen qualitativen Aspekt beider Ansätze darstellt.

1 Vgl. u.a. Fraser, 2007; Honneth, 2018; Fraser & Honneth 2003; Dungs 2006, Ikäheimo & Quante 2022

Darüber hinaus geben wir Anregungen, wie das Konzept der Anerkennung weiter ausgestaltet werden könnte, wobei wir uns vor allem auf die amerikanische Politologin und Feministin Nancy Fraser beziehen und unsere konzeptionelle Betrachtung schließlich auf den französischen öffentlichen Raum anwenden. Die Theorien der Autor*innen Jürgen Habermas, Chantal Mouffe und Nancy Fraser gelten für sich genommen als gut beforscht - nicht aber deren Vergleich und die Zusammenführung im Gedankendreieck „Konflikt – Konsens – Anerkennung“. In dieser Überlegung sehen wir den theoretischen Mehrwert unserer Arbeit. Für die empirische Untersuchung wird das Dreieck „Konflikt-Konsens-Anerkennung“ schließlich als Folie benutzt für eine explorative Untersuchung des Konflikts um die Gelbwestenbewegung in Frankreich.

Im Zentrum steht die Grand Débat National, eine umfangreiche Kommunikationsmaßnahme der französischen Regierung, die auf die Proteste der Gelbwesten folgte. Auf der Grundlage von Hintergrundinterviews in Frankreich mit Mitarbeiter*innen der Regierung und von Subunternehmen, die an der Grand Débat National arbeiteten (8 Interviews), sowie mit sachkundigen Außenstehenden aus Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, Medien und ehemaligen Regierungsmitarbeiter*innen (5 Interviews) wollen wir theoretische Überlegungen und konkrete empirische Beobachtungen zusammenbringen, reflektieren und einordnen.

Um der Rolle der Anerkennung näher zu kommen, sollen zunächst die Vorstellungen von Habermas und Chantal Mouffe in Bezug auf öffentliche Kommunikation näher untersucht werden. Vor allem geht es uns darum, bei beiden Ansätzen durch genauere Analyse explizit zu zeigen, wie sich „Anerkennung“ trotz der äußeren Gegensätzlichkeit in beiden Ansätzen verbirgt.

Anerkennung im kommunikativen Handeln

Zentraler Begriff bei Jürgen Habermas ist das „kommunikative Handeln“. Kommunikatives Handeln liegt dann vor, „wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrisches Erfolgskalkül, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden“ (Habermas, 1987a, 385). Es besteht aus symbolischen Interaktionen, wobei Normen gemeinsame Verhaltenserwartungen definieren, welche die Beteiligten verstehen und anerkennen müssen (Habermas, 1969, 62). Im Gegensatz zum kommunikativen Handeln steht bei Habermas das manipulative, „strategische Handeln“: „Unter diesen Bedingungen kann der Machthaber die Stellungnahmen des Machtunterworfenen konditionieren, ohne auf dessen Kooperationsbereitschaft angewiesen zu sein“ (Habermas, 1987b, 401).

Um den im Begriff des kommunikativen Handelns enthaltenen Grundgedanken der „Anerkennung der Anderen“ deutlich zu machen, soll an dieser Stelle eine kurze, aber entsprechend fokussierte Betrachtung auf seine Entstehung

geworfen werden. Der vollständige und umfassende Prozess der Herleitung des kommunikativen Handelns, den Habermas, ausgehend von den sechziger Jahren bis zur Veröffentlichung seines über tausend Seiten umfassenden gleichnamigen Hauptwerkes 1981, leistet, soll uns an dieser Stelle nicht interessieren. Unsere Intention liegt beim Aufzeigen und Herausarbeiten der „Anerkennung“ in der intersubjektiven Kommunikation. Dazu empfiehlt sich zunächst der Blick auf zwei Wurzeln der Habermas'schen Theorienentwicklung, nämlich das Denken von Theodor W. Adorno und danach das von George Herbert Mead.

Ausgangspunkt für Habermas' Überlegungen, ist die von Horkheimer und Adorno bereits in der *Dialektik der Aufklärung* dargelegte Kritik der „instrumentellen Vernunft“ (Horkheimer & Adorno, 1971): Aufklärung schafft sich, so die Autoren, aufgrund des zweckrationalen und verdinglichenden Charakters dieser Vernunft, letztendlich selber ab. Adornos Kritik der Instrumentellen Vernunft als eine „Kritik der Verdinglichung“ (Habermas, 1987b, 489) gerate aus Habermas Sicht aber so in die Ausweglosigkeit. Für ihn fehlt dieser Diagnose ein Positivum, eine Variante von Vernunft, die die positiven Versprechen der Aufklärung einholen kann.

Die Kritik der instrumentellen Vernunft, die den Bedingungen der Subjektphilosophie verhaftet bleibt, denunziert als Makel, was sie in seiner Makelhaftigkeit nicht erklären kann, weil ihr für die Integrität dessen, was durch instrumentelle Vernunft zerstört wird, eine hinreichend geschmeidige Begrifflichkeit fehlt.

(Habermas, 1987a, 522)

Obwohl Adorno und Horkheimer keine positive Spielart von Vernunft angeben können bzw. wollen, sieht Habermas die Grundintention des kommunikativen Handelns dennoch in Adornos Denken angelegt und auffindbar: „Adorno beschreibt Versöhnung in Begriffen einer unversehrten Intersubjektivität, die sich alleine herstellt und erhält in ihrer Reziprozität der auf *freier Anerkennung* beruhenden Verständigung ...“ (Habermas, 1987a 523, Hervorhebung von den Autor*innen).

Adornos Idee der Versöhnung und Freiheit

Für Habermas ist eine Beschreibung und weitere Ausarbeitung einer solchen positiven Variante der Vernunft jedoch nur durch den Wechsel des theoretischen Rahmens zur Sprachphilosophie möglich: Adorno hätte einen solchen Paradigmenwechsel in den wenigen Stellen, in denen er seine Ideen von Versöhnung und Freiheit offen ausspricht, zwar nahegelegt, aber letztlich nicht umgesetzt. (Habermas, 1987a, 523). Genau hier versucht Habermas anzuknüpfen, indem er den Paradigmenwechsel zur Sprachphilosophie für die Theorie des kommunikativen Handelns vollzieht und damit diese Grundintention der „unversehrten Intersubjektivität“ – und damit der Anerkennung des Gegenübers – in die Idee einer kommunikativen Rationalität überführt:

Für diese [kommunikative Rationalität] ist nicht die Beziehung des einsamen Subjekts zu etwas in der objektiven Welt, das vorgestellt und manipuliert werden kann, paradigmatisch, sondern die intersubjektive Beziehung, die sprach- und handlungsfähige Subjekte aufnehmen, wenn sie sich über etwas verständigen.

(Habermas, 1987a, 525)

Als zweite relevante Wurzel der Theorie des kommunikativen Handelns wollen wir noch einen Blick auf das Denken von George Herbert Mead und seine in der Folge als „Symbolischer Interaktionismus“ bezeichneten Grundannahmen richten.

Symbolische Interaktion findet sich schon als Grundlage bei der Ausbreitung des Begriffs des kommunikativen Handelns durch Habermas in den sechziger Jahren.

Auch bei Mead findet sich – mit Rekurs auf Hegel – der Begriff der Anerkennung, welchen Habermas in der Auseinandersetzung mit beiden in „*Technik und Wissenschaft als Ideologie*“ (Habermas, 1969, 19) als Voraussetzung für gelungene Intersubjektivität herausdestilliert: „eine Stellung der Subjekte zueinander auf der Basis *gegenseitiger Anerkennung* – nämlich auf der Grundlage der Erkenntnis, daß [sic] die Identität des Ich alleine durch die von meiner Anerkennung ihrerseits abhängige Identität des Anderen, der mich anerkennt, möglich ist“ (Habermas, 1969, 19, Hervorhebung durch die Autor*innen).

Kommunikatives Handeln sieht Habermas daher als „Originalmodus von Verständigung“ (Habermas 1987a S 394), als ungezwungene Kommunikation. Strategisches Handeln versteht sich hingegen nur als Derivat, da strategisches Handeln ebensolche ungezwungene Verständigung (und damit die Anerkennung) umgeht und ein – oft emotionales bzw. effektgerichtetes – Einwirken auf die Anderen darstellt. Eine Kooperationsbereitschaft der manipulierten Person ist damit gar nicht notwendig, denn diese wird lediglich konditioniert (Habermas, 1987b, 401).

Eindämmung der Übergriffe aus Staat und Ökonomie

Schon zuvor, in den frühen 60er Jahren, findet sich die prinzipielle Dichotomie zwischen Manipulation und Emanzipation in Habermas' Habilitation „*Strukturwandel der Öffentlichkeit*“ (Habermas, 1990), und zwar angewandt auf den öffentlichen Bereich, wobei Habermas zwischen kritischer und manipulativer Publizität unterscheidet:

...habe ich unterschieden zwischen den kritischen Funktionen selbstgesteuerter, von schwachen Institutionen getragener, auch horizontal vernetzter, inklusiver und mehr oder weniger diskursförmiger Kommunikationsprozesse einerseits und andererseits jenen Funktionen der Einflußnahme [sic] auf Entscheidungen von Konsumenten, Wählern und Klienten von Seiten der Organisationen, die in eine massenmediale Öffentlichkeit intervenieren, um Kaufkraft, Loyalität oder Wohlverhalten zu mobilisieren.

(Habermas, 1990, 28)

Habermas' ursprünglich befürwortete Vision einer sich per Diskurs selbst verwaltenden Gesellschaft (Habermas, 1990, 35) wird in späteren Entwürfen jedoch abgelöst durch die Einsicht, dass sich ein System aus Staat und Ökonomie nicht wie ursprünglich gedacht völlig durchdemokratisieren lässt, ohne dadurch beschädigt zu werden. Diesem Wandel zugrunde liegt eine Revision der Theorie, in welcher der strategische Handlungstyp durch den – begrifflich an Luhmann angelehnten – Systembegriff aus Staatsapparat und Ökonomie abgelöst wird. Der – an Alfred Schütz angelehnte – Begriff der Lebenswelt beschreibt im Gegenzug in der Neufassung die Sphäre der Kommunikation (Habermas, 1990, 35, 36). Als Ort des demokratischen Handelns sieht Habermas dementsprechend die Lebenswelt: „Ziel ist ... die demokratische Eindämmung der kolonialisierenden Übergriffe der Systemimperative auf lebensweltliche Bereiche“ (Habermas, 1990, 36).

Hier lässt sich auch an den Begriff der Deliberation anknüpfen als eine Form des kommunikativen Handelns, in der Anliegen und Diskussionen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Die Diskussion erfolgt dabei nach Kommunikationsstandards wie Rationalität, Reziprozität, Respekt und Konstruktivität, die sich positiv auf die Qualität und das Ergebnis der Diskussion auswirken können (Esau et al., 2017, 321). Der deliberative Ansatz konzentriert sich auf das rationale Aushandeln von Entscheidungen und die Suche nach einem Konsens. Der Fokus liegt auf dem Gesagten, nicht auf der Wirkung (Habermas, 1969, 389). Das Design von z.B. Online-Plattformen kann ebenfalls die Qualität und das Ergebnis der Deliberation beeinflussen (Esau et al., 2017, 321). Auch ließe sich fragen, inwieweit die angesprochenen „Systemimperative“ aus Ökonomie und Staatsapparat solche deliberativen Diskurse verzerren können.

Anerkennung im agonistischen Kampf um Hegemonie

Chantal Mouffe repräsentiert in vielen ihrer Positionen das direkte Gegenteil zum Denken von Habermas. Mouffe entwickelte diese Standpunkte anschließend an ihr – zusammen mit Ernesto Laclau veröffentlichtes – Werk „*Hegemonie und radikale Demokratie*“ (Laclau & Mouffe, 2000) vor allem in der weiteren politischen Auseinandersetzung mit dem „dritten Weg“ der britischen Sozialdemokratie und mit deliberativen theoretischen Ansätzen: so neben denen von Giddens und Rorty auch explizit mit dem Modell von Habermas. Dabei glaubt Mouffe nicht an eine herrschaftsauflösende Wirkung deliberativer Kommunikation: „Kein noch so umfassender Dialog, keine noch so ausführlichen Moralgebete werden die herrschende Klasse je davon überzeugen, dass sie ihre Macht aufgibt“ (Mouffe, 2015, 31).

Anders als bei deliberativen Ansätzen, steht für Mouffe daher nicht das rationale Aushandeln von Entscheidungen im Zentrum, sondern, wie noch zu zeigen sein wird, die Einbeziehung von Affekten, Leidenschaften

und Identifikationen: Leidenschaften für politische Ziele, Identifikationen mit einer Gruppe oder auch einem damit verbundenen Lebensstil, Affekte als Mittel im Kampf um Hegemonie (Mouffe, 2018, 84-91).

Ein rationales, konsensorientiertes Modell öffentlicher Debatte hält Mouffe sogar für gefährlich: „Die Vorstellung, Macht könne durch rationale Debatte aufgelöst werden und Legitimität könne auf reiner Vernunft gegründet werden, ist eine Illusion, die demokratische Institutionen gefährden kann“ (Mouffe, 2015, 106).

Denn durch einen deliberativen Diskurs würden sowohl Emotionen als auch der Wunsch nach grundlegenden Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen politischen Konzepten nicht verschwinden, sondern lediglich ausgeklammert und damit aus dem Diskurs gedrängt, - weshalb sie sich auch Wege außerhalb des Parlamentarismus (den Mouffe ausdrücklich bejaht) bahnen würden:

Wenn die Konfiguration der Gegnerschaft fehlt, haben die Leidenschaften kein demokratisches Ventil, und die agonistische Dynamik des Pluralismus wird behindert. Die demokratische Konfrontation droht ersetzt zu werden: Zur Konfrontation kommt es dann entweder zwischen essentialistischen Formen von Identifikation oder zwischen nicht verhandelbaren moralischen Werten.

(Mouffe, 2007, 42, 43)

Als „essentialistische“ Formen seien dabei, so Mouffe, nationalistische, religiöse oder ethnische Identifikationsformen anzusehen (Mouffe, 2007, 42, 43).

Hegemoniestreben und „linker Populismus“

Wie auch der Titel ihrer gleichnamigen Streitschrift „Für einen linken Populismus“ (Mouffe, 2018) suggeriert, wirbt Mouffe für ein „populistisches Element“:

Von einem „populistischen Moment“ kann man sprechen, wenn die vorherrschende Hegemonie unter dem Druck politischer oder sozioökonomischer Umwälzungen durch eine Vervielfachung unerfüllter Forderungen destabilisiert wird. [...] In der Folge wird der historische Block, der die gesellschaftliche Basis einer hegemonialen Formation darstellt, disartikuliert, und es eröffnet sich die Chance, ein neues Subjekt des kollektiven Handelns zu konstruieren – das Volk –, das in der Lage ist, eine als ungerecht empfundene Gesellschaftsordnung umzugestalten.

(Mouffe, 2018, 21)

In Anlehnung an das Denken des italienischen Marxisten Antonio Gramsci soll also zwischen einem Machtblock und den (unerfüllten) Forderungen der Beherrschten unterschieden werden. Dazu gelte es zunächst einen Begriff von „Volk“ zu konstruieren, bei welchem „Volk“

keinesfalls als essentialistischer Begriff vorgestellt werden darf, sondern vielmehr als „symbolischer Referent“ bzw. als „diskursive politische Konstruktion“ (Mouffe 2018, 74), welche die Beherrschten mit ihren Forderungen versinnbildlicht. „Volk“ dürfe weiter auch nicht als einheitliches Subjekt verstanden werden, sondern ist nach Mouffe vielmehr zu denken als „Äquivalenz zwischen einer Vielzahl heterogener Forderungen“ (Mouffe, 2018, 74, 75). In Folge gelte es gegen den „Machtblock“ und im Sinne der Bedürfnisse „des Volkes“ um gesellschaftliche Hegemonie zu ringen (Mouffe 2018, 74).

Identifikation der Massen

Ein großer Unterschied zum deliberativen Modell besteht für Mouffe somit in der von ihr betonten Notwendigkeit der Bildung kollektiver Identitäten im demokratischen Prozess, wie sie es auch bereits in „Über das Politische“ (Mouffe, 2007) dargelegt hat: nach Mouffe braucht es ein „libidinös“, also mit emotionaler Bindung besetztes „Wir“, dem ein „Sie“ gegenübersteht (Mouffe, 2007, 37). Mouffe beruft sich dabei auf die Psychoanalyse Freuds sowie auf Elias Canetti:

Die aus Freud und Canetti zu ziehende Lehre lautet also: Selbst in Gesellschaften, die sehr individualistisch geworden sind, wird die Notwendigkeit kollektiver Identifikationen nie verschwinden, da sie für die Seinsweise des Menschen konstitutiv ist. Auf dem Gebiet der Politik spielen diese Identifikationen eine zentrale Rolle, und ihre affektive Bindung muß [sic] von Demokratietheoretikern [sic] in Betracht gezogen werden.

(Mouffe, 2007, 40)

Deliberative Ansätze sähen hingegen rationale demokratische Politik immer nur als das Kommunizieren einzelner Individuen und würden „kollektive Formen der Identifikation“ sogar als „rückständig“ interpretieren (Mouffe, 2007, 34, 35).

Mit den „affektiven Bindungen“ ist schließlich auch der Bereich der Affekte angesprochen, den Mouffe ebenfalls als positiv und nützlich im Kampf um die Hegemonie betrachtet: „Ideen werden wirkmächtig, wenn sie sich mit Affekten verbinden“ (Mouffe, 2018, 89).

Auch ein Konzept des Kampfes um Hegemonie muss aber letztlich eine Zerstörung der Gesellschaft, womöglich durch einen Bürgerkrieg (Mouffe, 2018, 105), vermeiden. Der diesbezügliche Vorschlag Mouffes besteht in der Anerkennung gemeinsamer Spielregeln und die Verwandlung des Feindes in einen legitimen Gegner: „Anders als den dialogischen Ansatz betrachte ich die demokratische Diskussion als reale Konfrontation. Die Gegner bekämpfen sich – sogar bitter, aber sie halten sich an einen gemeinsamen Regelkanon“ (Mouffe, 2007, 70).

Dieses Bejahen gemeinsamer Regeln soll den Kampf einhegen; in der Terminologie von Chantal Mouffe wird dadurch aus „Antagonismus“ „Agonismus“:

Wichtig ist, dass auftauchende Konflikte nicht die Form eines „Antagonismus“ annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden), sondern die eines „Agonismus“ (einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten). Die agonistische Konfrontation unterscheidet sich von der antagonistischen nicht dadurch, dass sie einen eventuellen Konsens ermöglicht, sondern dadurch, dass der Gegner nicht als Feind wahrgenommen wird, den es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahent, dessen Existenz als legitim anerkannt wird. Seine oder ihre Ideen werden leidenschaftlich bekämpft, sein oder ihr Recht, für diese einzutreten, jedoch niemals infrage gestellt.

(Mouffe, 2018, 104)

Minimale Anerkennung der Anderen bei Chantal Mouffe

Die Feindschaft und der Kampf machen durch diese Regeln und die Einbeziehung in die demokratische Arena sozusagen knapp vor der Vernichtung des Gegners halt, auch wenn sie ihn besiegen und die hegemonialen Machtverhältnisse völlig neu gestalten wollen (Mouffe, 2007, 31 f.). Der Kampf, befeuert durch Affekte, bleibt dabei dennoch hart: „Die öffentliche Sphäre ist in diesem Modell das Schlachtfeld, auf dem hegemoniale Projekte sich gegenüber treten, wobei eine endgültige Versöhnung ausgeschlossen ist“ (Mouffe, 2018, 106).

Die Einhaltung der Regeln muss dennoch garantiert werden, „der gemeinsame symbolische Raum“ (2007, 69/70) für solch eine Auseinandersetzung gehalten werden. Nach Chantal Mouffe soll die Bindung an demokratische Regeln ebenfalls nicht aus rationaler Einsicht, sondern aus *Identifikation* mit demokratischen Werten erfolgen.

Mouffe bezieht sich dabei auf Ludwig Wittgenstein und dessen Auffassung von „Sprachspielen“:

Diesem Ansatz folgend, können wir uns die Bindung an die Demokratie nicht als auf Vernunft, sondern auf bestimmte Lebensformen begründet vorstellen. Wie Richard Rorty vielfach dargelegt hat, führt uns die Wittgensteinsche Perspektive vor Augen, dass die Bindung an die Demokratie und der Glaube an den Wert ihrer Institutionen nicht davon abhängen, die Demokratie auf ein intellektuelles Fundament zu stellen. Die Bindung an demokratische Werte ist eine Frage der Identifikation. Sie entsteht nicht durch rationale Argumentation, sondern aus einem Ensemble von Sprachspielen, die demokratische Formen von Individualität konstruieren.

(Mouffe, 2018, 89)

Um Affekte und Leidenschaften in den demokratischen Diskurs einzuhegen und auszuschließen, dass im leidenschaftlichen Kampf die Spielregeln aus dem Blick verschwinden bzw. die Affektionen die Bindung an gemeinsame demokratische Spielregeln beiseite räumen, muss auch bei Chantal Mouffe ein Minimum an Anerkennung in öffentlichen Debatten als Voraussetzung für eine in-

takte Öffentlichkeit vorhanden sein.

Ein Minimum, das darin besteht, dass das im Gegensatz zum „Wir“ gesetzte „Sie“ trotz aller emotionalen Kämpfe nicht vernichtet werden darf, sondern einen legitimen Platz im gleichen Diskursraum bzw. symbolischen Raum zugestanden erhält. Allerdings bewahrt das nicht vor Sieg und Niederlage und ist auf die Einhaltung der Spielregeln innerhalb der demokratischen Arena angewiesen.

Zusammenführung, Vergleiche und Einwände

Das diskursgefährdende Element liegt für Mouffe, wie gezeigt, nicht in der Einbeziehung, sondern im Ausschluss der Affekte und Identifikationen aus dem Diskurs. Nach Habermas' Ansatz wäre der Kampf um Hegemonie mittels Affekten und Identifikation hingegen ein strategisches Handeln, das durch die emotionale Beeinflussung die Anderen zu manipulieren sucht und dadurch gerade nicht anerkennt und ernst nimmt, sondern zum Objekt seiner strategischen Absichten macht. Voraussetzung für einen guten Diskurs wäre nach Habermas eine Annäherung an kommunikatives Handeln sowie nicht-manipulative Publizität.

In beiden Ansätzen ist dennoch die Anerkennung der Anderen auf verschiedene Weise zumindest implizit enthalten. Bei Habermas ist sie stärker und direkter: im Ernstnehmen der Gründe der Anderen, und indem das Gegenüber gerade nicht durch Emotionen, „Affekte“ etc. beeinflusst wird. Letzteres wäre nach Habermas strategische Kommunikation, nicht aber kommunikatives Handeln, bei dem der/die Andere idealerweise nicht als zu manipulierendes Objekt gesehen wird.

Bei Chantal Mouffe ist Anerkennung durch die Einbeziehung antagonistischer Positionen in den demokratischen Diskurs und die Einhaltung der Spielregeln enthalten: der/die Gegner*in wird als legitim anerkannt und darf nicht vernichtet werden. Die Anerkennung der Anderen liegt für Habermas im Sprechakt selbst und für Mouffe im Nichtüberschreiten einer bestimmten Schwelle im Kampf um die Hegemonie.

Ein Grund für die schlechte öffentliche Debatte (und die Nichtanerkennung der Anderen/Gegner) wäre nach Habermas die Kolonisierung der öffentlichen Rede durch Macht und Ökonomie, ein strategisches Handeln, das durch die emotionale Beeinflussung Andere gerade nicht anerkennt und ernst nimmt, sondern zum Objekt strategischer Absichten macht.

Eine Möglichkeit des praktischen Aufbrechens von Machtstrukturen im Diskurs oder durch den Diskurs wird von Chantal Mouffe hingegen zumindest für die politische und kommunikative Praxis als unmöglich angesehen. Ein Grund für eine schlechte öffentliche Debatte wäre nach Mouffe vielmehr der Ausschluss des Affekts und des Kampfes um Hegemonie aus der öffentlichen Sphäre.

Mit Blick auf Habermas' Ansatz ließe sich fragen, ob die Bedingungen „kommunikativer“ Deliberation kontrafaktisch sind bzw. ob sie unter realistischen Bedingungen

von Politik und Medien überhaupt gewährleistet werden können. Mit Blick auf Mouffe ließe sich fragen, ob es wirklich gelingen kann, antagonistische Bewegungen wieder in die agonistische Arena zurückzuholen, und ob dies unter Wahrung der Inhalte möglich ist. Es ist auch zu fragen, ob eine agonistische Diskursarena der starken Emotionalisierung durch Affekte und Emotionen durch die Hinzunahme eines – von Mouffe propagierten – linken Populismus standhalten kann.

Beiden Ansätzen scheint jedoch gemeinsam zu sein, dass für die Qualität der öffentlichen Debatte in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise ein Mindestmaß an Verständnis für die Anerkennung der Anderen notwendig ist.

Anerkennungskonfigurationen zwischen Regierungen und Bürger*innen

Auf die Bedeutung der Anerkennung für die Demokratie wurde oben bereits hingewiesen. Dennoch lassen Mouffe und Habermas Raum, sich mögliche Konfigurationen der Anerkennung zwischen Regierungen und Bürger*innen vorzustellen. Nancy Frasers Unterscheidung zwischen einer starken und einer schwachen öffentlichen Sphäre bietet sich als geeignete Ergänzung an. Fraser (1990, 75) beschreibt schwache Öffentlichkeiten als „Öffentlichkeiten, deren deliberative Praxis ausschließlich in der Meinungsbildung besteht und nicht auch die Entscheidungsfindung einschließt“. Eine starke Öffentlichkeit würde dagegen sowohl Meinungsbildung als auch Entscheidungsfindung umfassen (Fraser, 1990, 75).

Eine Konzeption von Öffentlichkeit mit einer „scharfen Trennung zwischen (assoziativer) Zivilgesellschaft und Staat“ ist Voraussetzung für schwache Öffentlichkeiten (Fraser, 1990, 62-77) mit eingeschränkten demokratischen Möglichkeiten wie „den Formen der Selbstorganisation und der politischen Verantwortlichkeit, die für eine demokratische und egalitäre Gesellschaft wesentlich sind (Fraser, 1990, 76-77)“. Eine starke Öffentlichkeit, die sowohl die Entscheidungsfindung als auch verschiedene hybride Formen einschließt, hätte jedoch demokratische Möglichkeiten, die „unsere Fähigkeit, uns demokratische Möglichkeiten jenseits der Grenzen der real existierenden Demokratie vorzustellen“ (Fraser, 1990, 76-77), erweitern würden.

Regierungen können daher die Bürger*innen in unterschiedlicher Weise anerkennen, je nach dem Grad der Entscheidungsbefugnisse, die ihnen im Gegensatz zur bloßen Meinungsbildung eingeräumt werden.

Anerkennung während der französischen Grand Débat National

Die oben beschriebene konzeptionelle Betrachtung zur Relevanz von Anerkennung in der Öffentlichkeit wird nun auf die französische Öffentlichkeit in einer Zeit großer sozialer Unruhe angewandt, in der sich Tausende von Bürger*innen in gelben Westen auf den Straßen versam-

elten, um ihre Unzufriedenheit mit einer vorgeschlagenen CO2-Steuer zu äußern, die später zu einer Debatte über Ungleichheit führte. Es gab Panzer in den Straßen und der Ablauf des politischen Systems war gestört. Die französische Regierung reagierte Anfang 2019 mit einem groß angelegten Kommunikationsinstrument, der Grand Débat National, bei der die Bürger*innen aufgefordert wurden, ihre Sorgen und Ideen in Bezug auf den ökologischen Wandel, die Demokratie und die Bürgerschaft sowie die Organisation des Staates und der Staatsfinanzen über verschiedene Kanäle on- und offline zu äußern.

Die Ergebnisse basieren auf 13 Hintergrundinterviews, aus den Monaten März und Juni 2019 mit Regierungsmitarbeiter*innen sowie Mitarbeiter*innen von Subunternehmen, die an der Grand Débat National beteiligt waren und kritischen Außenstehenden aus den Bereichen Journalismus, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Sie sollten ein besseres Verständnis über die Strukturen des Prozesses und die Hintergründe der Grand Débat National geben. Bei den Interviews handelt es sich um halbstrukturierte, offene Interviews (Mayring, 2015, 56). Im Vorhinein wurde ein Leitfaden mit Fragen erstellt, deren konkrete Formulierung und Reihenfolge variierte und auf die die Befragten frei antworten konnten. Die Wahl der Schwerpunkte für jedes Interview basierte auf dem persönlichen Kompetenzfeld der interviewten Personen. Entsprechend der Antworten auf die Fragen wurden individuelle Rückfragen gestellt. Die Dauer der Interviews betrug jeweils etwa vierzig- bis neunzig Minuten. Alle Interviews fanden persönlich in Paris statt. Die Interviews verteilen sich wie folgt:

- 5 Mitarbeiter*innen der politischen Verwaltung beteiligt an der Grand Débat National
- 2 Journalist*innen
- 1 Wissenschaftler*in und Aktivist*in
- 2 Zuständige aus Politik und Verwaltung eines vorangegangenen französischen Beteiligungsprozesses
- 1 Angestellter beim Plattformbetreiber der Online Plattform der Grand Débat National
- 2 Angestellte von Firmen, die die Daten der Grand Débat National auswerten

Alle Interviews wurden aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Danach wurden die Interviews mit Hilfe der Auswertungssoftware MAXQDA ausgewertet und eine qualitative Inhaltsanalyse (Füerst et al., 2016) durchgeführt.

Dafür wurden einzelnen Textpassagen jeweils eine oder mehrere Kategorien zugeordnet. Das gewählte Verfahren ist eine Kombination aus offenem und geschlossenem Kodieren. Wir unterscheiden zwischen der Anerkennung durch die Medien und der Anerkennung durch die Politik, sehen aber die Medien als Mittel zur Anerkennung durch die Politik.

Die Gelbwesten hatten die Medien kritisiert, weil sie nicht anerkannt wurden: Ein/e Journalist*in bei einem Maga-

zin, das den Gelbwesten frühzeitig viel Gehör geschenkt hat und über ihre Anliegen berichtet hat, sagt dazu im Interview: „They [the Yellow Vests] were attacking the media a lot and saying that we don't represent them, we don't talk to them, we don't see them and they're kind of right, in a general perspective (Interview 13, Journalist*in)“. Laut dieser Aussage fühlten sich die Gelbwesten, und damit ein großer Teil der Bevölkerung, nicht anerkannt und wurden von den Medien und der Politik in der französischen Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Dies eskalierte mit der „Gelbwesten“-Bewegung im Winter 2018/2019.

Möglicherweise wird das Einnehmen der Opferrolle auch als Strategie von rechten Gruppierungen verwendet, um Aufmerksamkeit zu bekommen wie Smith (2020) dies an britischen Universitäten seit den 70er Jahren beobachtet. Das mindert die Tatsache bestehender Ungleichheiten in Frankreich und anderen westlichen Demokratien jedoch nicht.

Mediale Anerkennung

Die Gelbwestenbewegung führte schließlich zu medialer Anerkennung. Zunächst ging es in der Medienberichterstattung über die Gelbwesten nur um die Anzahl der Proteste und welche Form diese hatten. Bald jedoch erweiterten die Medien ihren Fokus und vertieften allgemeine Aspekte der Ungleichheit und Ideen der Gelbwesten wie die Einführung eines Bürgerreferendums in Frankreich mit Argumenten dafür und dagegen (Interview 13, Journalist*in). Ein/e Journalist*in äußerte sich dazu folgendermaßen:

It was not just like police violence or protest or "look at them they have a yellow vest" - it was more what problems do they have and what do they want to do - what can we do and what is not possible. It was very interesting to read a lot of things about inequalities.

(Interview 6, Journalist*in)

Die Medien "[were] trying to describe why life had become so difficult for the middle and lower middle class" (Interview 13, Journalist*in) und "to illustrate their difficulties with particular cases" (ebd.). Danach "they were starting to criticize our system, the way that the elected people are always doing the same and forgetting people" (ebd.). Die Medien griffen dann diese Kritik am politischen System und mögliche Lösungen auf: "So there was a social part to illustrate, and the democratic part to explore. And the solutions of the governments that Macron proposed in December that we had to explain and to decrease and to analyze" (ebd.).

Politische Anerkennung

Die Grand Débat National, eine groß angelegte Kommunikationsmaßnahme über Online- und Offline-Kommunikationskanäle, wurde von der Regierung als Reaktion auf die Gelbwesten-Bewegung ins Leben gerufen und ver-

schaftete ihr damit eine gewisse politische Anerkennung. Ein Teil der vier Themenbereiche der Grand Débat National waren Fragebögen mit jeweils etwa 20 Fragen. Bei den meisten dieser Fragen handelte es sich um geschlossene Fragen, bei denen man zwischen einigen Möglichkeiten wählen oder mit Ja oder Nein stimmen musste. Es gab auch ein bis drei offene Fragen pro Fragebogen, in die die Teilnehmer*innen alles schreiben konnten, was sie wollten. Diese Fragebögen berührten viele der Themen, die von den Gelbwesten auf der Straße geäußert worden waren und über die in den Medien berichtet worden war. Dazu eine Interviewte Person aus dem dem Premierminister zugeordnet (SIG) Bereich der Verwaltung zur Kommunikation der Grand Débat National:

Well actually the Gilets Jaunes you really have to look at it, I mean, it is a crisis and it started for really good reasons. Because there are a lot of people in France who share those problems because of high priced gas, the hospitals and all that kind of public service and I think really the Grand Débat addressed that.

(Interview 10, Verwaltung)

Einige Themen wurden jedoch vermieden. Dabei handelte es sich vor allem um radikale soziale Themen wie die nach der Beendigung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder PMA (In-vitro-Fertilisation) oder GPA (Leihmutterschaft) (Interview 10, Verwaltung). Dies zeigt, dass Inklusion im Sinne von Mouffe stattfindet, allerdings nur bis zu einem gewissen Grad, da nur einige Themen der Gelbwesten einbezogen wurden, während radikale soziale Themen ausgeschlossen blieben.

So I think we addressed most of what French people wanted and asked for and we can't face every radical opinions and ways. That's why you didn't have the most social questions in the Grand Débat. [...] because we didn't want to have more strikes over the strikes and this wasn't the goal. The goal was to address people and have them talk about how the state is organized, how we should do more about ecology about finance about all that but all the social questions were left out and from the start we said none will be inside because those are the questions that need to be treated at another time.

(Interview 10, Verwaltung)

Die digitale Beteiligungsplattform der Grand Débat National hatte eingeschränkte Funktionen, die weder eine Diskussion über bestimmte Vorschläge untereinander noch ein Up- oder Downvoting erlaubten. Dies war bei den Offline-Kanälen der Grand Débat National, wie den Konferenzen, anders, die mehr Formen der Interaktion zuließen, so dass die Organisator*innen von dem hohen Maß an Zuhören und Rücksichtnahme überrascht waren. Dies zeigt, dass Deliberation im Sinne von Habermas nur in den Offline-Kommunikationskanälen stattfinden konnte. Online, durch die eingeschränkten Funktionen der Online-Plattform, war keine Deliberation möglich.

And I mean the first few hours where maybe people didn't talk that much but at the end of the second day I mean they were like participating a lot and listening to each other and not fighting. It really was astonishing because people really listened and explored any ideas and debated among themselves but always listening to each other with respect. And [this] you know after the Gilets Jaunes Crisis [...]. And really, it was a great surprise and it really worked and it was astonishing.

(Interview 10, Verwaltung)

Die Grand Débat National war ein Instrument zur Anhörung der Bürger*innen und zur begrenzten Meinungsbildung ohne Entscheidungsbefugnisse, was laut Nancy Fraser die demokratischen Möglichkeiten einschränkt. Der/die eingangs bereits zitierte Journalist*in dazu:

I think it was the only way out for the government politically, to say ok we are gonna try to organize this eruption of demands etc. etc. So, and it was positive in a sense that people again were talking, exchanging about democracy. So it was good. The problem is, what will it do about it? It seems to be that the debate was the solution, [...] they wanted to try to find a way out and so let's debate and let's organize that and make you feel that you've been heard. [...] But the worst thing would be doing nothing and I am wondering [...] if that's not the plan, not to do anything.

(Interview 13, Journalist*in)

Durch die Grand Débat National wurde die Ausgrenzung vieler französischer Bürger*innen anerkannt. Das hat die Situation kurzfristig beruhigt. Aber diese Anerkennung ist nur vorübergehend. Langfristig braucht es stärkere Formen der Anerkennung in der politischen Öffentlichkeit, die über die Meinungsbildung hinausgehen und Entscheidungskompetenzen einschließen, eine starke Öffentlichkeit statt einer schwachen Öffentlichkeit in den Worten von Nancy Fraser. Eine garantierte Anerkennung, wie die Beiträge in der Grand Débat National behandelt wurden, fehlte, obwohl fünf unabhängige Personen, die so genannten Garants, ausgewählt wurden, um eine Garantie zu geben:

Some people find that you don't have when you participated a lot of guarantees about the way your opinion will be treated. You don't have this information when you participate [...] and it's difficult for anybody to say: no, there was guarantee. I think there was no guarantee. What is important for us and all our reflections is that fact that you can nominate garants, people that are garants but it's different to give guarantees to nominate garants, you can nominate garants without giving any guarantee (laughs). And it's clever to do this.[...] And if guarantees are given by garants, it's ok. But if your garants cannot give you guarantees at all that's the same. [...] So it's not good participation even [according to] the Commission National de Débat Public.

(Interview 8, Mitarbeiter*in eines Subunternehmens der Grand Débat National)

Die Journalist*innen erkundigten sich auch danach, wie die Beiträge integriert werden sollen und fragten die Regierung: "Sie sagten, Sie würden alle Beiträge zusammen behandeln, sie berücksichtigen, aber was bedeutet das, die Beiträge berücksichtigen? Auf welche Weise?" (Interview 1+2, Mitarbeitende an der Kommunikation der Grand Débat National; [Übersetzung der Autor*innen]). Aber selbst die Mitarbeiter*innen der Regierung wussten nicht, wie die Beiträge berücksichtigt werden, zum Teil, weil alles im Vorbeigehen entschieden wurde, aber auch, weil es nicht wirklich beabsichtigt war. "Also es ist richtig, ich hatte auch diese Erwartung [...]. Wir waren Teil davon, aber wir wussten nicht, wie sie [die Beiträge] berücksichtigt werden würden. Diese Erwartungen sind immer noch gültig. Es ist nichts, was wir abgeschlossen haben" (ebd.; [Übersetzung der Autor*innen]). Es ist möglich, dass die Ausklammerung sozialer Fragen und vor allem die eingeschränkten Funktionen der digitalen Partizipationsplattform und fehlende Garantien die Gelbwesten dazu veranlasst haben, eine eigene Debattenplattform, die sogenannte Vrai Débat, mit mehr Möglichkeiten zur Diskussion und Anerkennung zu starten, indem sie z.B. das Kommentieren und Abwägen von Vorschlägen ermöglichen.

Fazit

Wir schließen unsere Suche nach Wegen der Anerkennung der Anderen, die den sozialen Zusammenhalt im öffentlichen Raum fördern, mit der Erkenntnis ab, dass Kommunikation ohne Anerkennung schief geht. Für Habermas, wenn die Wahrhaftigkeit fehlt (Manipulation), für Mouffe, wenn Emotionen ausgeschlossen sind oder nicht eingedämmt werden können und für Nancy Fraser, wenn die Deliberation ohne Konsequenzen bleibt.

Im Fall der Gelbwesten sehen wir deutlich den Anspruch auf diskursive Hegemonie und eine zunächst fehlende Anerkennung von Medien und Politik. In Verbindung mit den Protesten der Gelbwesten griffen die Medien das Thema auf und es entstand eine breitere Debatte über Ungleichheit, wodurch die geforderte Anerkennung geleistet wurde. Die Regierung mit Emmanuel Macron an der Spitze antwortete mit einer landesweiten Kommunikationskampagne. Die Grand Débat National sollte die fehlende Anerkennung der Gegner*innen übertünchen. Politisch gesehen hat dies kurzfristig zur Beruhigung der Lage beigetragen. Längerfristig bleibt diese Anerkennung jedoch ein leeres Versprechen, ohne eine tatsächliche Möglichkeit, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung zu nehmen.

Im Abgleich mit dem zu Beginn aufgestellten Theoriedreieck „Konflikt-Konsens-Anerkennung“ zeigt sich eine unzureichende Erfüllung der von Habermas als auch von Mouffe und Fraser vorausgesetzten Kriterien: Echte Deliberation erfolgte bestenfalls Offline, und deren wahrhaftige Absicht muss zumindest bezweifelt werden. Die Einbeziehung in die politische Arena erfolgte auf politischer Ebene nur teilweise und spät - und sie blieb vor allem ohne jegliche Konsequenzen.

Bislang ist uns kein demokratisch erfolgreiches Projekt ohne Anerkennung bekannt. Aber es besteht die Gefahr, dass sich Bewegungen von rechts anschließen, auch wenn viele von links schon dabei sind. Soziale Themen bergen dafür ein besonderes Potenzial. Wir haben keine Lösung

für dieses Abdriften nach rechts.² Weitere Forschung ist notwendig, um mögliche Lösungen für dieses Problem zu finden. Auch konkretere Formen der Anerkennung könnten erforscht werden.

Literaturverzeichnis

- Bennett, W. L., & Pfetsch, B. (2018). Rethinking political communication in a time of disrupted public spheres. *Journal of Communication*, 68(2), 243–253.
<https://doi.org/10.1093/joc/jqx007>
- Dungs, S. (2006). *Anerkennen des Anderen im Zeitalter der Mediatisierung: Sozialphilosophische und sozialwissenschaftliche Studien im Ausgang von Hegel, Lévinas, Butler, Žizek*. Verlag für Sozialwissenschaften.
- Esau, K., Friess, D., & Eilders, C. (2017). Design matters! An empirical analysis of online deliberation on different news platforms: Design of online deliberation platforms. *Policy and Internet*, 9(3), 321–342.
<https://doi.org/10.1002/poi3.154>
- Fraser, N. (1990). Rethinking the public sphere: A contribution to the critique of actually existing democracy. *Social Text*, (25/26), 56–80.
<https://doi.org/10.2307/466240>
- Fraser, N. (2007). Lageverzeichnis der feministischen Imagination: Von Umverteilung über Anerkennung zu Repräsentation. In D. Grisard (Hrsg.), *Gender in Motion: Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung* (S. 259–280). Campus Verlag.
- Fraser, N., & Honneth, A. (Hrsg.). (2003). *Umverteilung oder Anerkennung: Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Suhrkamp Verlag.
- Fürst, S., Jecker, C., & Schönhagen, P. (2016). Die qualitative Inhaltsanalyse in der Kommunikationswissenschaft. In S. Averbek-Lietz & M. Meyen (Hrsg.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 209–225). Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-01656-2_13
- Habermas, J. (1987a). *Theorie des kommunikativen Handelns I* (4. Aufl.). Suhrkamp.
- Habermas, J. (1987b). *Theorie des kommunikativen Handelns II* (4. Aufl.). Suhrkamp.
- Habermas, J. (1969). *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Suhrkamp.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Suhrkamp.
- Honneth, A. (1992). *Der Kampf um Anerkennung*. Suhrkamp.
- Honneth, A. (2018). *Anerkennung: Eine europäische Ideengeschichte*. Suhrkamp.
- Laclau, E., & Mouffe, C. (2000). *Hegemonie und radikale Demokratie*. Passagen Verlag.
- Mau, S., Westheuser, L., & Lux, T. (2024). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (8. Auflage). Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2018). *Für einen linken Populismus*. Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2015). *Das demokratische Paradox*. Turia + Kant.
- Mouffe, C. (2007). *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Suhrkamp.
- Negt, O., & Kluge, A. (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung: Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit* (1. Aufl.). Suhrkamp.
- Seeliger, M., & Seignani, S. (2021). Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie: Ein neuer Strukturwandel? In M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (1. Aufl., S. 9–40). Nomos.
<https://doi.org/10.5771/9783748912187-9>
- Siep, L., Ikäheimo, H., & Quante, M. (Hrsg.). (2022). *Handbuch Anerkennung*. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Smith, E. (2020). *No Platform: A History of Anti-Fascism, Universities and the Limits of Free Speech* (1st ed.). Routledge.
<https://doi.org/10.4324/9780429455131>
- Wodak, R. (2014). The discourse of exclusion: Xenophobia, racism and anti-Semitism. In J. Angermüller, D. Maingueneau, & R. Wodak (Eds.), *The discourse studies reader: Main currents in theory and analysis* (S. 400–413). John Benjamins Publishing Company.

² Siehe dazu auch einschlägige Beiträge zum rassistisch-kritischen Diskurs (Wodak, 2014; weitere Autor*innen).

ERIK BAUER,

Dr. phil., ist Kommunikationswissenschaftler, freier Journalist und Vortragender. Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, Lehraufträge bisher auch am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien, an der Fachhochschule St. Pölten, sowie Gastlektor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. Vorstandsmitglied des Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung. Arbeitsschwerpunkte sind Medien- und Kommunikationstheorien, Medienpolitik, Journalismus, Multimedia, Integration und Nachhaltigkeit.

JOHANNA ZUM FELDE,

(M.A.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Internationale Kommunikation am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. In ihrer Forschung untersucht sie den Zusammenhang von politischer Kommunikation und Demokratie in einer sich wandelnden französischen Öffentlichkeit, wobei sie qualitative sowie computergestützte sozialwissenschaftliche Methoden einsetzt. Diese Kenntnisse teilt sie auch mit Studierenden in ihrer Lehre. Die Idee für diesen Artikel ist ursprünglich im Rahmen einer Lehrkooperation der beiden Autor*innen entstanden.
